

Forschungsantrag:

Leipzigs Stadtverwaltung in der Transformation der 1990er Jahre – Konzepte, Institution, Akteure –

Seit Mitte der 2010er Jahre erhält die ostdeutsche Transformationsgeschichte starke historiographische Aufmerksamkeit. Nachdem das Thema bereits in den 1990er Jahren in den Sozialwissenschaften einen wissenschaftlichen Boom erfahren hat, widmen sich Historikerinnen und Historiker nun mit neuen Fragestellungen diesem Forschungsfeld. Nicht zuletzt weil entgegen früherer Annahmen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht verschwunden sind, sondern sich partiell weiter fortzusetzen scheinen. Besonders das Problem der „*Distanzierung und Entfremdung*“ signifikanter Teile der ostdeutschen Bevölkerung von der heutigen Institutionenordnung hat neues Interesse an der Transformationsphase wachgerüttelt.

Das Dissertationsprojekt soll den Transformationsprozess der Leipziger Stadtverwaltung in den 1990er Jahren untersuchen. Leipzig war mit 530.010 Einwohnern 1989 nach Ostberlin die zweitgrößte Stadt der DDR. Die Kommune funktionierte aber bloß als unselbstständige Verwaltungseinheit im zentralistischen Einheitsstaat. In der Bundesrepublik genießen Kommunen eine gewisse Selbstständigkeit. Ihre Politik und Verwaltung berühren den Alltag der Bürger*innen unmittelbar. Trotzdem blieb ihre Transformation in der geschichtswissenschaftlichen Forschung bisher wenig beachtet. Mitte der 1990er Jahre galt für Ostdeutschlands Städte und Gemeinden: „*Mit Gewinnung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie und der Übernahme der vielfältigen kommunalen Aufgaben seit 1990 setzte ein struktureller und personeller Wandel ein, der bis heute nicht zum Stillstand gekommen ist.*“ (Frank Berg et al., *Kommunaler Institutionenwandel: Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozess*, Opladen 1996, S. 12.) Tausende Arbeitsplätze wurden ausgelagert oder verschwanden völlig. Leipzigs 1990 gewählter Oberbürgermeister Hinrich Lehmann-Grube etablierte das sog. „Leipziger Modell“ einer überparteilichen Konsensfindung. Er wollte dem hohen Handlungsdruck begegnen und schnelle, tragfähige Lösungen finden. Es besteht die These, die Stadt habe damals eine pragmatische und konsensorientierte Entscheidungskultur etabliert, die sich auch bei Personalentscheidungen durchsetzte. Das Dissertationsprojekt wird prüfen, wie dieser Ansatz in der Verwaltungswirklichkeit wirkte. Wer trug den Konsens und wo entstanden Konflikte? Welche Spannungen bestanden zwischen alten und neuen Mitarbeiter*innen? In einigen Dezernaten arbeitete 90% des vorhandenen

Personalstocks weiter, mit neuen Spitzenkräften aus dem Stadtparlament, dessen Abgeordnete größtenteils zuvor keine Ämter gehabt hatten. Konnte auch das betroffene Verwaltungspersonal selbst über Personalräte und Gewerkschaften mitgestalten?

Um das zu klären, wird sich das Projekt auf einen Methodenmix aus Primärquellenauswertung und Expert*innengespräche bzw. Interviews stützen. Im Stadtarchiv Leipzig lagert das damalige Schriftgut der Verwaltung in unterschiedlich umfangreichen und verschieden erschlossenen Beständen. Auch das Sächsische Staatsarchiv Leipzig enthält größere Bestände über den Bezirk Leipzig, den Runden Tisch des Bezirks und das Regierungspräsidium Leipzig, das die Kommunalaufsicht innehatte. Andere Archive, wie das ver.di-Archiv Berlin oder das Archiv der sozialen Demokratie Bonn ergänzen das vorhandene Quellenmaterial. Relevante Gesprächspartner, mit deren Hilfe auch die individuelle Erfahrungsebene beteiligter Akteursgruppen eingebunden werden kann, konnten identifiziert werden.

Untersuchungen, die einen Schwerpunkt auf demokratische Vertretungsakteure in der Transformationszeit legen, sind bisher selten. Manfred Scharrer untersuchte 2011 vom Blickwinkel der ÖTV aus, wie der Übergang vom FDGB der DDR hin zur bundesdeutschen ÖTV in Ostdeutschland gelang. Einen weiter gefassten Ansatz verfolgten 2018 Detlev Brunner, Michaela Kuhnhenne und Hartmut Simon mit ihrem Sammelband über Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Arbeiten, die den gesamten Transformationszeitraum der 1990er Jahre untersuchen, nicht nur 1989-1991, fehlen für die Gewerkschaften bislang völlig oder sind erst im Entstehen begriffen. Die Dissertation wird diese Lücke nicht schließen können, aber die Rolle der Personalräte, Vertretungen und Gewerkschaften als Akteure des Leipziger Verwaltungsumbaus explizit beschreiben und analysieren.